Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 1 von 17
A	Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange.....		2
A.1	Landratsamt Biberach – Ordnungsamt / Brand- und Katastrophenschutz		2
A.2	Landratsamt Biberach – Baurecht		2
A.3	<i>Landratsamt Biberach – Baurecht</i>		2
A.4	Landratsamt Biberach – Naturschutz		2
A.5	Landratsamt Biberach - Wasserwirtschaftsamt.....		4
A.6	Landratsamt Biberach – Landwirtschaftsamt		4
A.7	Landratsamt Biberach – Straßenamt.....		5
A.8	Regierungspräsidium Tübingen – Straßenbau		6
A.9	Regierungspräsidium Tübingen – Naturschutz.....		7
A.10	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau		8
A.11	<i>Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau</i>		9
A.12	Regierungspräsidium Tübingen.....		9
A.13	Deutsche Telekom Technik GmbH		10
A.14	Kabel BW GmbH		10
A.15	e.wa riss Netze GmbH.....		11
A.16	Hochschule für Polizei BW		13
A.17	Abwasserzweckverband Riß.....		13
A.18	Gemeinde Warthausen.....		14
A.19	Gemeinde Warthausen.....		16
B	Keine Bedenken und Anregungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange.....		17
B.1	Landratsamt Biberach – Naturschutzbeauftragter		17
B.2	Industrie- und Handelskammer Ulm		17
B.3	Regionalverband Donau-Iller		17
B.4	Handwerkskammer Ulm		17
B.5	Stadt Biberach – Baubetriebsamt		17
C	Private Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern.....		17

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 2 von 17
-----	--------------------	--------------------	----------------

A STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

A.1 LANDRATSAMT BIBERACH – ORDNUNGSAMT / BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZ (Schreiben vom 04.12.2014)			
A.1.1	Die Anfahrt von 14 t schweren Feuerwehrfahrzeugen zu den einzelnen Objekten ist zu jeder Zeit zu gewährleisten. Bei Gebäuden, die von einer öffentlichen Straße entfernt liegen, müssen zu den entsprechenden Grundstückstellen mindestens 3,50 m breite und 3,50 m hohe Zufahrten vorhanden sein. Weitere Anforderungen an die Zufahrten und Aufstellflächen richten sich nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über Flächen für Rettungsgeräte der Feuerwehr auf Grundstücken (VwV-Feuerwehrflächen) in der jeweils gültigen Fassung.	Dies wird berücksichtigt. Die Planung des Vorhabens erfolgte in kontinuierlicher Abstimmung mit dem Kreisbrandmeister. Die Anfahrbarekeit der geplanten Gebäude für die Feuerwehr wird gewährleistet. Die geltenden Vorschriften werden berücksichtigt und umgesetzt.	
A.1.2	Der Abstand der in den Straßen einzubauenen Hydranten soll unter Verwendung von Hinweisschildern nach DIN 4066 ca. 60 m voneinander betragen. Notwendige Überflur-Fallmantelhydranten (DIN 3222 NW 100) werden, falls erforderlich, im Zuge der einzelnen Baugenehmigungsverfahren gefordert. Der Nenndurchmesser des Rohrnetzes hat mindestens 200 mm lichte Weite aufzuweisen. Die Mindestwasserlieferung hat 1600 l/Min. zu betragen. Der Fließdruck hat hierbei 2 bar aufzuweisen.	Dies ist nicht Gegenstand des Bebauungsplans. Die Anregungen werden auf Ausführungsebene berücksichtigt. Die Löschwasserversorgung wurde überprüft und ist grundsätzlich sichergestellt.	
A.2 LANDRATSAMT BIBERACH – BAURECHT (Schreiben vom 07.01.2015)			
A.2.1	Es wird auf die Stellungnahme vom 14.04.2014 verwiesen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die 3. Änderung des FNP ist seit dem 01.04.2015 rechtswirksam.	
A.3 LANDRATSAMT BIBERACH – BAURECHT (gemeinsames Schreiben vom 14.04.2014)			
A.3.1	Der rechtskräftige Flächennutzungsplan (FNP) der VG Biberach muss geändert werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Die 3. Änderung des FNP ist seit dem 01.04.2015 rechtswirksam.	
A.4 LANDRATSAMT BIBERACH – NATURSCHUTZ (Schreiben vom 07.01.2015)			
A.4.1	Die untere Naturschutzbehörde erhebt keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Planung, sofern folgende Bedingungen eingehalten werden:	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.4.2	Eine Eingrünung des Gebiets im Nordosten zur freien Landschaft ist notwendig	Dies wird nicht in vollem Umfang berücksichtigt.	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 3 von 17
	<p>(Regionalplan unter B I.4.4, Landschaftsplan S. 154, §§ 14 ff. BNatSchG). Das Pflanzgebot F3 sollte sinngemäß wie folgt ergänzt werden: <i>Es sind mindestens 20 heimische Laubbäume Bäume 1 Ordnung und mind. 100 heimische Sträucher (ggf. mehrreihig in Gruppen) im Bereich zu pflanzen.</i></p>	<p>Die Festsetzung zur Bepflanzung der Pflanzgebotfläche F3 sieht, verteilt auf die Gesamtlänge der Fläche, auf mind. 30 % der Fläche eine Bepflanzung mit standortgerechten heimischen Gehölzen (Bäumen oder Sträuchern) vor. Die Gehölze können einzeln oder in Gruppen gepflanzt werden. Insgesamt entsprechen 30 % der Pflanzgebotfläche F3 einem Anteil von 1.005 m². Im Vergleich zum Vorentwurf wurde der Anteil an Gehölzpflanzungen auf Anregung der unteren Naturschutzbehörde im Entwurf verdoppelt (von 15 auf 30 %). Selbst wenn man für Sträucher und Heister (junger Baum) / Großsträucher von einem sehr lockeren Pflanzraster von 2 m x 2 m bei Gruppenpflanzung ausgeht (entspricht 4 m² pro Pflanze) würde dies bedeuten, dass rund 250 Gehölze zu pflanzen sind und damit deutlich mehr als von der unteren Naturschutzbehörde gefordert. Eine Pflanzung von mind. 100 Sträuchern, wie jetzt von der unteren Naturschutzbehörde vorgeschlagen, würde hingegen bei Annahme o. g. Pflanzrasters lediglich einem Anteil von ca. 12 % entsprechen und damit weniger als ursprünglich im Vorentwurf vorgesehen. Die Festsetzung eines Anteils von mind. 20 heimischen Laubbäumen 1. Ordnung wird bezogen auf die o. g. 1.005 m² hingegen als zu dicht empfunden, da dann für jedem Baum nur rund 50 m² verbleiben würde. Darüber hinaus kann ein Teilbereich der Pflanzgebotfläche F3 nicht mit höheren Gehölzen bepflanzt werden, da er im An- / Abflugbereich des Hubschrauberlandeplatzes liegt.</p>	
A.4.3	<p>Die artenschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen nach § 45 Abs. 5 BNatSchG sind im Bebauungsplan festzusetzen (textlich, zeichnerisch, § 1a Abs. 3 BauGB).</p> <p>Die Buntbrachen sollten mit sog. „Felderchenfenster“ kombiniert werden (z. B. auf dem Buntbrachestreifen als Kiesfläche ö. ä.). Die relevanten Ausführungszeiten, die in der artenschutzrechtlichen Prüfung genannt werden, sollten ebenfalls textlich festgesetzt werden.</p>	<p>Dies wird teilweise berücksichtigt.</p> <p>Zum Teil wurden die die artenschutzrechtlichen Regelungen bereits in die planungsrechtlichen Festsetzungen oder Hinweise des Bebauungsplanes übernommen. Eine weitergehende Übernahme wird nicht für erforderlich erachtet, da die artenschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen vertraglich gesichert werden.</p> <p>Auf eine Kombination Buntbrachen mit Feldlerchenfenstern innerhalb Ackerflächen wurde auf Anregung des Büros Dr. Maier, das die faunistischen Erfassungen durchgeführt hat, bewusst verzichtet. Gegen die Anlage von Kiesflächen o. Ä. im Bereich der Buntbrachen/Blühstreifen, wie sie die untere Naturschutzbehörde anregt, bestehen jedoch keine Bedenken. Die Beschreibung der Ausgleichsmaßnahmen wird im Umweltbericht entsprechend aktualisiert.</p>	
A.4.4	<p>Im Textteil sollte der Ökopunktbetrag aufgeführt werden, der durch die im öffentlich-rechtlichen Vertrag behandelten Amphibienquerungshilfen-Maßnahmen kompensiert werden soll. Auf den Vertrag ist textlich zu verweisen. Dieser ist den Unterlagen beizufügen (§ 1a Abs. 3 BauGB).</p>	<p>Dies wird teilweise berücksichtigt.</p> <p>Der zu kompensierende Ökopunktbetrag von ca. 820.000 Ökopunkten ist in Kap. 4 des Umweltberichts aufgeführt. Auf den in diesem Zusammenhang abzuschließenden öffentlich-rechtlichen Vertrag wird ebenfalls textlich in Kap. 4 des Umweltberichts verwiesen. Der Vertrag wird vor Satzungsbeschluss abgeschlossen und der unteren Naturschutzbehörde</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 4 von 17
		vorgelegt.	
A.5 LANDRATSAMT BIBERACH - WASSERWIRTSCHAFTSAMT (Schreiben vom 04.12.2014)			
A.5.1	Wasserversorgung Es bestehen keine Einwendungen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.5.2	Abwasser Es bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen. Aus abwassertechnischer Sicht ist die vorabgestimmte Entwässerung mit dem Trennverfahren und überwiegender Versickerung in einem kombinierten Retention- und Versickerungsbecken genehmigungsfähig. Um die dauerhafte Funktion des Beckens zu erhalten, dürfen an die Regenwasserkanäle keine Drainagen angeschlossen werden. Das WWA bittet dies in die örtlichen Bauvorschriften mit aufzunehmen.	Dies wird berücksichtigt. Ziffer 2.4 Niederschlagswasser in den örtlichen Bauvorschriften wird entsprechend ergänzt.	
A.5.3	Altlasten / Bodenschutz Es bestehen keine Einwendungen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.5.4	Fließgewässer Es bestehen keine Einwendungen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.5.5	Industrie und Gewerbe Es bestehen keine Einwendungen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.6 LANDRATSAMT BIBERACH – LANDWIRTSCHAFTSAMT (Schreiben vom 04.12.2014)			
A.6.1	Abgesehen vom Verbrauch von 12,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche sind Belange der Landwirtschaft durch die vorliegende Planung nicht betroffen. Das Landwirtschaftsamt äußert daher keine grundsätzlichen Bedenken.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.6.2	Das Landwirtschaftsamt bedauert, dass die in der ursprünglichen Planung angedachte Stapelung der Mitarbeiterstellplätze in einem Bauwerk zur Verminderung der Versiegelung nicht realisiert wurde, begrüßt jedoch, dass zumindest ein Teil der Besucherparkplätze wenigstens zweigeschossig ausgeführt werden sollen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.6.3	Bezüglich der geplanten naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen äußert sich das Landwirtschaftsamt wie folgt: <ul style="list-style-type: none"> - Grundsätzlich wird begrüßt, dass die Maßnahmen insgesamt sehr flächensparend bezüglich landwirtschaftlicher Nutzfläche geplant sind. - Die Lage der CEF-Maßnahmenflächen 1 + 3 für die Feldlerche sind für die Landwirtschaft insofern unglücklich, da es sich bei den geplanten Flurstücken jeweils um Teilflächen einer größeren Bewirtschaftungsfläche handelt. 	Wird zur Kenntnis genommen. Im Wiederstreit der Interessen ist es unter den gegebenen Umständen sachgerecht, diesen Belang zurückzustellen.	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 5 von 17
	<p>tungseinheit handelt (Fläche 1: Flst. Nr. 695, 696, 697, 697/1, 706 und 707; Fläche 3: 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519 und 520). Durch die derzeit geplante Lage der Ausgleichsmaßnahmen wird aus der Bewirtschaftungseinheit ein Streifen herausgeschnitten, so dass zusätzliche Ecken entstehen, was agrarstrukturell sehr ungünstig ist.</p>		
A.6.4	<p>Positiv ist dagegen die Lage der Ausgleichsfläche Nr. 2. Agrarstrukturell deutlich besser wäre bei der geplanten Fläche Nr. 1 ein etwas schmalerer Blühstreifen über die ganze Länge des Bewirtschaftungsschlags und/oder bei Fläche Nr. 3 eine Verlegung des Blühstreifens in den nördlichen Bereich der Flurstücke, so dass die verbleibende Bewirtschaftungseinheit eher rechteckig ist/bleibt (s. Anlagen).</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur leichteren Realisierung sind die CEF-Maßnahmen zum einen ausschließlich auf städtischen Flächen vorgesehen. Zum anderen müssen die Flächen bestimmte Anforderungen erfüllen, um von den Feldlerchen angenommen zu werden, bei denen leider nicht immer die günstigste Nutzbarkeit der landwirtschaftlichen Flächen berücksichtigt werden kann. So wurde bei der geplanten Maßnahmenfläche Nr. 1 bewusst die Breite der Blühstreifen von 10 – 15 m erhöht, um mögliche Störeinflüsse im Bereich des südlich verlaufenden Weges, z. B. durch Spaziergänger und Hunde, zu vermindern bzw. ausschließen zu können. Bei der geplanten Maßnahmenfläche Nr. 3 ist eine Verlegung nach Norden insofern nicht möglich als Feldlerchen Vertikalstrukturen, wie sie durch die unmittelbar östlich angrenzende Hecke gegeben sind, meiden.</p>	
A.6.5	<p>Daneben weist das Landwirtschaftsamt darauf hin, dass ein (teilweiser) Ausgleich des Schutzgutes Boden auch über einen geeigneten Oberbodenauftrag außerhalb des Plangebiets möglich ist.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Allerdings sind zur schutzgutübergreifenden Kompensation bereits Amphibienschutzmaßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Biberach vorgesehen.</p>	
<p>A.7 LANDRATSAMT BIBERACH – STRABENAMT (Schreiben vom 04.12.2014)</p>			
A.7.1	<p>Zum Entwurf</p>		
A.7.1.1	<p><u>Abstand vom Fahrbahnrand</u> Gemäß § 22 Abs. 1 StrG muss entlang der überörtlichen Straße (K 7532), entlang der Außenstrecke ein 15 m breiter Streifen von jeder baulichen Nutzung freigehalten werden. Dieser Abstand wird eingehalten, da der Anbauverbotsstreifen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes liegt. Sollten jedoch bauliche Anlagen (auch Werbeanlagen) entlang der K 7532 in einem Abstand mit weniger als 30 m zum Fahrbahnrand geplant werden, so bedarf es der Zustimmung des Straßenamtes (§ 22 Abs. 5 StrG).</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die entsprechenden Abstimmungen mit dem Straßenamt werden bei Bedarf vorgenommen.</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 6 von 17
<p><u>Rechtsgrundlage</u> § 9 Abs. 1 und 6 Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) oder § 22 Abs. 1 und 5 Straßengesetz für Baden-Württemberg (StrG).</p>			
<p>A.7.2</p>	<p>Zum Vollzug Im Straßenkörper der überörtlichen Straße dürfen außerhalb der Ortsdurchfahrt nach Möglichkeit keine Versorgungsleitungen verlegt werden. Eventuell notwendig werdende Aufgrabungen oder Durchpressungen für Kreuzungen von Versorgungsleitungen dürfen erst nach Abschluss eines Nutzungsvertrages mit dem Straßenamt begonnen werden.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	
<p>A.7.3</p>	<p>Hinweise</p>		
<p>A.7.3.1</p>	<p>Das Baugebiet wird im Immissionsbereich der überörtlichen Straße, besonders im Schalleinwirkungsbereich, liegen. Es ist durch die überörtliche Straße vorbelastet. Der Straßenbaulastträger ist deshalb nicht verpflichtet, sich an den Kosten evtl. notwendig werdender Schutzmaßnahmen (z. B. Schallschutz) zu beteiligen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde eine Schalltechnische Untersuchung durchgeführt. Teilweise werden die geltenden Grenzwerte überschritten, weshalb im Bebauungsplan Schallschutzmaßnahmen festgesetzt werden, die bauseits hergestellt werden müssen. Der Straßenbaulastträger muss sich hieran nicht beteiligen.</p>	
<p>A.7.3.2</p>	<p>Die Gemeinde wird gebeten, die künftigen Bauherren darauf aufmerksam zu machen, dass bei der Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der geplanten Gebäude keine Reflexionen z. B. durch Spiegelung der Sonnenstrahlen in den Modulen auftreten dürfen, die die Verkehrsteilnehmer auf der klassifizierten Straße erreichen. Die Elemente sind deshalb in einem Winkel anzuordnen, der eine Reflexion bis auf eine Ebene von 3 m über der Fahrbahn ausschließt. Alternativ kann die Reflexionswirkung auch durch eine entsprechende Bauart ausgeschlossen werden.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt. Ein entsprechender Hinweis wird in die Bebauungsplanunterlagen übernommen.</p>	
<p>A.8 REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN – STRABENBAU (Schreiben vom 19.12.2014)</p>			
<p>A.8.1</p>	<p><u>Nebenanlagen (1.6 der planungsrechtlichen Festsetzungen)</u> Die Stadt Biberach wird jedoch erneut darauf hingewiesen, dass Nebenanlagen, welche nach der Baunutzungsverordnung in einem Baugebiet auch außerhalb der Baugrenzen zulässig sein können, innerhalb des Anbauverbots nicht ohne die ausdrückliche Zustimmung der Straßenbaubehörde des Trägers der Straßenbaulast zugelassen werden dürfen. Auch nach der LBO genehmigungsfreie Anlagen bedürfen in diesem Bereich der Genehmi-</p>	<p>Dies wird berücksichtigt. Das Anbauverbot wird auf 12 m ab Fahrbahnrand festgesetzt.</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 7 von 17
	<p>gung des Straßenbaulastträgers (§ 22 Abs. 4 StrG).</p> <p>Einer Reduzierung des Anbauverbots für Stellplätze von den zugesagten 12 m auf 10 m wird seitens der Abteilung Straßenwesen und Verkehr nicht zugestimmt. Der Bebauungsplan ist in den Bereichen, die an den Landesstraßenabschnitt in der Baulast des Landes angrenzen auf 12 m zu ändern.</p> <p>Der Stadt Biberach wird außerdem empfohlen, diesen Abstand auch für den Landesstraßenabschnitt in eigener Baulast zu übernehmen.</p>		
A.8.2	<p><u>Werbeanlagen (2.2 der örtlichen Bauvorschriften)</u></p> <p>Die Stadt Biberach wird außerdem erneut darauf hingewiesen, dass Anlagen der Außenwerbung außerhalb der zur Erschließung der angrenzenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt den Hochbauten und baulichen Anlagen gleichstehen (§ 22 Abs. 5 StrG) und damit innerhalb der nicht überbaubaren Fläche entlang der Landesstraße nicht errichtet werden dürfen.</p> <p>Die Sana AG ist darüber zu informieren, dass Werbeanlagen innerhalb der nicht überbaubaren Flächen am Landesstraßenabschnitt in der Baulast des Landes nur mit Zustimmung des Regierungspräsidiums Tübingen errichtet werden dürfen.</p> <p>Nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes wird um Zusendung einer Planfertigung an die Straßenbauverwaltung gebeten.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Hinsichtlich der Errichtung von Werbeanlagen wird unter Punkt III Hinweise der Punkt 3.8 (Werbeanlagen) durch den Unterpunkt 3.8.2 wie folgt erweitert: „Die Errichtung von Werbeanlagen auf nicht überbaubaren Flächen am Landesstraßenabschnitt in der Baulast des Landes ist nur mit Zustimmung des Regierungspräsidiums Tübingen zulässig.“</p> <p>Nach Inkrafttreten des Bebauungsplans wird der Straßenbauverwaltung eine Planfassung zur Verfügung gestellt.</p>	
A.9	<p>REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN – NATURSCHUTZ (Schreiben vom 19.12.2014)</p>		
A.9.1	<p>Für den Bebauungsplan hat die Stadt Biberach als Abwägungsunterlagen (§§ 1 Abs. 6 Nr. 7, Abs. 7 BauGB) einen Umweltbericht mit Grünordnungsplan (§§ 1a, 2 und 2 a BauGB) und einen Artenschutzfachbeitrag vorgelegt. Die durchgeführten Erhebungen weisen keine offensichtlichen methodischen Fehler auf. Die Ergebnisse sind nachvollziehbar.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	
	<p>Die im Artenschutzfachbeitrag des Büros Faktorgrün vom 01.10.2014 beschriebenen, vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (§ 44 Abs. 5 BNatSchG) für die Art Feldlerche überzeugen noch nicht. Nach Ziffer 6 des Fachbeitrags ist vorgesehen, als Ausgleich für den Verlust von 4 Brutrevieren Blühstreifen in 3 Gebieten anzulegen. Wie sich in den vorgesehenen Bereichen die Feldlerchenpopulation darstellt</p>	<p>Dies wird teilweise berücksichtigt.</p> <p>Um die potenzielle Eignung der Flächen für die CEF-Maßnahmen festzustellen, wurde Ende August 2014 eine Begehung durch einen ornithologisch versierten Biologen durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass die geplanten Flächen trotz der Lage an Wegen potenziell für Ausgleichsmaßnahmen geeignet sind. Da es aufgrund der späten Jahreszeit jedoch nicht mehr möglich war zu überprüfen, ob auf den potenziell</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 8 von 17
-----	--------------------	--------------------	----------------

<p>und ob in diesen Gebieten noch Feldlerchenreviere möglich sind, lässt sich nicht erkennen. Die ausgewählten Bereiche liegen auch jeweils direkt an ausgemarkten Wegen. Zweifel an der Eignung könnten dann auftreten, wenn es sich um häufig befahrene Wege handelt. Hierzu lässt sich den Unterlagen nichts entnehmen.</p> <p>Um den Erfolg der Maßnahme zu überprüfen, ist zwar ein Monitoring vorgesehen. Ein genauer Maßnahmen- und Zeitplan fehlt.</p> <p>Es wird auch dringend empfohlen, eine ökologische Baubegleitung für die Ausgleichsmaßnahmen zu installieren.</p>	<p>geeigneten Flächen bereits Feldlerchenreviere bestehen, wurden am 24.03 und 15.04.2015 ergänzende Begehungen durchgeführt. Bei beiden Begehungen konnten trotz Feldlerchenvorkommen im Umfeld auf den angedachten Maßnahmenflächen selbst keine besetzten Feldlerchenreviere nachgewiesen werden, sodass die Flächen für die Durchführung der CEF-Maßnahmen grundsätzlich geeignet sind. Bei den Begehungen zeigte sich, dass die Wege, an denen die potenziellen Flächen liegen, mäßig durch Fußgänger frequentiert werden. Befahren werden die Feldwege nur von landwirtschaftlichen Fahrzeugen. Entlang der Wege befinden sich besetzte Feldlerchenreviere, sodass davon auszugehen ist, dass es zu keinen stärkeren Störungen in diesen Bereichen kommt.</p> <p>In der artenschutzrechtlichen Prüfung werden die Maßnahmen (Anlage von Blühstreifen), die zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände in Bezug auf die Feldlerche erforderlich sind, hinreichend beschrieben, so dass hierzu keine Ergänzungen für erforderlich gehalten werden. Zum Ausführungszeitraum wird hingegen eine ergänzende Textpassage eingefügt. Um die Bedeutung des Artenschutzes im Bebauungsplan besser hervorzuheben, wird zudem Punkt 3.11 unter III. Hinweise in zwei Unterpunkte gegliedert. Unterpunkt 3.11.1 wird wie folgt neu formuliert: „Bzgl. der artenschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen, Ausführungszeiten und Monitoringmaßnahmen wird auf die artenschutzrechtliche Prüfung zum Bebauungsplan verwiesen.“</p> <p>Die artenschutzrechtliche Prüfung wird in Bezug auf eine ökologische Baubegleitung zur Herstellung der Blühstreifen für entfallende Feldlerchenreviere wie folgt ergänzt: „Eine ökologische Baubegleitung zur Herstellung der Blühstreifen wird dadurch gewährleistet, dass ein Fachbüro die Maßnahme plant und umsetzt“.</p>
--	---

A.10 REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG – LANDESAMT FÜR GEOLIGIE, ROHSTOFFE UND BERGBAU
 (Schreiben vom 05.01.2015)

<p>A.10.1 Unter Verweis auf unsere weiterhin gültige Stellungnahme vom 26.03.2014 (Az. 2511//14-02213) sind von unserer Seite zum modifizierten Planvorhaben keine weiteren Hinweise oder Anregungen vorzubringen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder Auszügen daraus erfolgt.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	------------------------------------

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 9 von 17
A.11 REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG – LANDESAMT FÜR GEOLOGIE, ROHSTOFFE UND BERGBAU (Schreiben vom 26.03.2014)			
A.11.1	Geotechnik Da derzeit ein Baugrundgutachten erstellt wird, sind keine Anmerkungen vorzutragen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse des Baugrundgutachtens werden in der Begründung des Bebauungsplans beschrieben und wurden dem Landesamt zur Abstimmung frühzeitig vorgelegt.	
A.11.2	Boden Keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.11.3	Mineralische Rohstoffe Das Plangebiet befindet sich am Westrand eines in der Karte der mineralischen Rohstoffe von Baden-Württemberg ausgewiesenen Kiesvorkommens mit der Vorkommens-Nr. L 7924/ L 7926-9. Die nutzbaren Kiesmächtigkeiten liegen zwischen 32 und 64 m. Die Abraummächtigkeit schwankt zwischen 0,5 und 8 m. Nagelfluhkörper und feinkörnige Beimengungen können auftreten. Gegen das Planungsvorhaben bestehen aus rohstoffgeologischer Sicht keine Bedenken. Bei Baumaßnahmen anfallendes Material sollte auf Verwendbarkeit als Baustoff geprüft und dementsprechend eingesetzt werden.	Dies wird berücksichtigt. Die Ausführungen werden als Hinweise in die Unterlagen übernommen.	
A.11.4	Grundwasser Keine ergänzenden Hinweise, Anregungen oder Bedenken.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.11.5	Bergbau Keine Einwendungen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.11.6	Geotopschutz Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes sind nicht tangiert. Wir verweisen auf unser Geotop-Kataster.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Geotop-Kataster wurde eingesehen. Demnach sind im Plangebiet und angrenzend keine Belange des geo-wissenschaftlichen Naturschutzes betroffen.	
A.12 REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN (Schreiben vom 29.12.2014)			
A.12.1	Aufgrund der geplanten max. Bauhöhe der Klinik (624 m NN) bestehen aufgrund der Entfernung (ca. 750 m) zum Verkehrslandeplatz Biberach keine Bedenken. Sollten höhere Hindernisse (z.B. Abluftkamine oder dgl.) geplant sein, bitten wir um weitere Beteiligung.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.12.2	Zur Genehmigungsfähigkeit bzw. zum Standort des Hubschrauber-Sonderlandeplatzes kann im jetzigen Planungsstadium keine Aussage gemacht werden. Die den Anhörunterlagen beigefügte „gutachterliche Stellungnahme zur	Wird zur Kenntnis genommen.	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 10 von 17
	<p>Prüfung der luftrechtlichen Genehmigungsfähigkeit eines Hubschrauberlandeplatzes" kommt hier ebenfalls zu diesem Ergebnis.</p> <p>Entgegen diesem Gutachten ist nach hiesiger Gesetzesinterpretation keine allgemeine Vorprüfung der Umweltverträglichkeit erforderlich. Es handelt sich um keinen Flugplatz im Sinne der Begriffsbestimmung des Abkommens von Chicago von 1944. Wir stellen Ihnen jedoch anheim, diese Untersuchung freiwillig durchzuführen.</p>		
A.12.3	<p>In diesem Zusammenhang möchte ich im Rahmen des Neubaus nochmals auf die Möglichkeit eines Dachlandeplatzes hinweisen. Erfahrungen mit Bodenlandeplätzen an anderen Krankenhäusern haben gezeigt, dass diese mittel- bis langfristig immer „im Weg“ sind, da Krankenhäuser sich kontinuierlich (auch baulich) fortentwickeln.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Zuge der Planungen wurde die Machbarkeit eines Dachlandeplatzes für den Rettungshelikopter geprüft. Das Ergebnis zeigt jedoch, dass ein Dachlandeplatz nur mit einem erheblichen finanziellen Mehraufwand durch die erforderliche Baustatik verbunden ist, was jedoch aus wirtschaftlicher Sicht nicht vertretbar ist. Bei dem Landeplatz handelt es sich um einen Bedarfslandeplatz und nicht um einen Standplatz eines dauerhaft stationierten Rettungshelikopters. Der finanzielle Mehraufwand steht in keinem Verhältnis zu der Ausnutzung eines Dachlandeplatzes, weshalb ein bodennaher Landeplatz zu bevorzugen ist.</p>	
A.12.4	<p>Für ein luftrechtliches Genehmigungsverfahren sind nach der Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (§§ 49 ff.) neben dem Antrag mit Begründung ein luftfahrttechnisches Gutachten, Planunterlagen sowie ein Lärmgutachten erforderlich.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die erforderlichen Unterlagen werden im luftrechtlichen Genehmigungsverfahren erstellt.</p>	
A.12.5	<p>Für weitere Erläuterungen bzw. Rückfragen stehe ich gerne bereit. Bei Konkretisierung des Vorhabens halte ich einen Besprechungstermin (Antragsunterlagen, Genehmigungsverfahren, usw.) für erforderlich.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	
<p>A.13 DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH (Schreiben vom 09.12.2014)</p>			
A.13.1	<p>Zur o. a. Planung haben wir bereits mit Schreiben TNL Südwest, PTI 32 Ref PB 7, Jürgen Werner vom 07.04.2014 fristgerecht Stellung genommen. Unsere Anregungen und Bedenken sind ausreichend berücksichtigt.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	
<p>A.14 KABEL BW GMBH (Schreiben vom 12.12.2014)</p>			
A.14.1	<p>Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände.</p> <p>Eigene Arbeiten oder Mitverlegungen sind nicht geplant.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 11 von 17
A.15 E.WA RISS NETZE GMBH (Schreiben vom 05.01.2015)			
A.15.1	Im Geltungsbereich des BPlanes befinden sich ein 20-kV-Kabel (im Flst. der L273) und eine 20-kV-Freileitung (im vorh. Flst-Nr. 1369) der e.wa riss. Wir gehen davon aus, dass diese Anlagen bestehen bleiben können. Sollten sie jedoch einer gepl. Bebauung oder anderweitiger Flächennutzungen hinderlich sein, werden wir eine Umlegung/Verkabelung vornehmen. Die Kosten hierfür werden nach den bestehenden Verträgen abgerechnet. Außerhalb der gültigen Verträge sind die entstehenden Kosten vom Verursacher zu tragen. Ansprechpartner für die Koordinierung und Durchführung von Baumaßnahmen hinsichtlich Stromversorgung ist Herr Gerold Frisch, Tel: 07351 53-2505, Fax: 07351 53-2174.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Verlegung des 20-kV-Kabels ist im November 2015 entlang des Geländes der Bereitschaftspolizei geplant. Die Verlegung der 20kV-Freileitung wurde bereits abgestimmt und wird außerhalb des Bebauungsplanverfahrens vorgenommen.	
A.15.2	Ein Anschluss des Plangebiets an das Strom,- Erdgas- und Trinkwasserversorgungsnetz sowie an das Versorgungsnetz für Telekommunikation (Glasfasertechnologie) der e.wa riss ist technisch möglich. Allerdings liegen uns derzeit keine belastbaren Angaben zum Strom-, Erdgas- und/oder Trinkwasserbedarf sowie zur Lage der Anschlüsse an unsere Versorgungsnetze vor. Auch detaillierte Angaben zur gepl. Aufteilung der überbaubaren Grundstücksflächen im Plangebiet und den zukünftigen Eigentumsverhältnissen liegen uns nicht vor.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.15.3	Für die Leitungsdimensionierung und -Trassenführung der gepl. Versorgungsleitungen im Bereich des Plangebietes ist neben der Baugebieterschließung der Sanaklinik auch die Versorgung des gepl. „BG Hauderboschen“ sowie des „GE Flugplatz“ maßgebend.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.15.4	Der Löschwasserbedarf „Grundschutz“ wurde vom Landratsamt Biberach auf 96 m ³ /h festgelegt. Dieses Löschwasserbedarf „Grundschutz“ kann die e.wa riss zur Verfügung stellen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.15.5	Um die Trinkwasserversorgung sicherzustellen, sehen wir derzeit den Neubau einer Wasserversorgungsleitung (Stichleitung) ab der Widdersteinstraße durch die Hochvogelstraße und Birkenharder Straße bis zum letzten Netzanschluss des Plangebiets vor. Auch hierzu laufen derzeit Abstimmungen mit den zuständigen Stellen.	Wird zur Kenntnis genommen.	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 12 von 17
A.15.6	Die Wasserversorgungsleitung ist als Stichleitung geplant. Redundante Wasserversorgungsstrassen sind nicht vorgesehen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.15.7	Für die Sicherstellung der Gas- und Wasserversorgung des Plangebiets sind großflächige Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen unserer Versorgungsnetze erforderlich. Diese bedürfen erheblicher Vorlaufzeit zur Planung und baulichen Umsetzung und sind in der Leitungsdimensionierung und -trassierung maßgeblich von den genannten Bedarfsanforderungen abhängig.	Wird zur Kenntnis genommen. Die entsprechenden Abstimmungen werden angestoßen, sobald die Planungen für die Klinik die erforderlichen Reife erlangt haben.	
A.15.8	Für die elektrische Versorgung des Plangebietes werden neben kundeneigenen Anlagen auch Versorgungseinrichtungen, wie z. B. Umspannstationen, der e.wa riss notwendig sein. Derzeit sind weder Anzahl noch Lage bekannt, da bisher noch keine abschließende Planung des elektrischen Leistungsbedarfs seitens der Bauinteressenten stattgefunden hat.	Wird zur Kenntnis genommen. Die entsprechenden Abstimmungen werden angestoßen, sobald die Planungen für die Klinik die erforderlichen Reife erlangt haben.	
A.15.9	Sämtliche Versorgungseinrichtungen dürfen nur auf als nicht überbaubar ausgewiesenen Flächen errichtet werden. Wir bitten Sie dies im Bebauungsplan zu berücksichtigen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.15.10	Im vorliegenden Bebauungsplan ist innerhalb der ausgewiesenen Fläche „Sondergebiet Klinik“ keine öffentliche Verkehrsfläche erkennbar. Wir gehen dennoch davon aus, dass Versorgungsleitungen innerhalb der ausgewiesenen Fläche verlegt werden. Die einzelnen Gebäude/Gebäudeteile werden mit separaten Netzanschlüssen an die Versorgungsnetze angeschlossen. Versorgungsanlagen der e.wa riss, die sich nicht auf öffentlichen Flächen befinden, sind im Zuge des weiteren Planungsverfahrens dinglich zu sichern. Ein entsprechender Schutzstreifen (i.d.R. von 3,0 m Breite) nebst den zugehörigen Nutzungseinschränkungen gemäß den einschlägigen Regelwerken (DVGW, etc.) ist vorzusehen.	Wird zur Kenntnis genommen. Innerhalb des Sondergebiets Klinik sind keine öffentlichen Verkehrsflächen vorgesehen. Gleichwohl sind Versorgungsleitungen innerhalb des Sondergebiets zu verlegen. Die entsprechenden dinglichen Sicherungen sind durch die Betreiber zu veranlassen.	
A.15.11	Unsere derzeitige Konzeption zur Sicherstellung der Erdgasversorgung sieht den Neubau einer Gashochdruckleitung vor, die längs des landwirtschaftlichen Weges zwischen der NW-Umfahrung und des gepl. Retentionsbeckens bzw. des gepl. Hubschrauberlandeplatzes bis vor zur Birkenharder Straße verlaufen soll. Hierzu ist ein Schutzstreifen von 3,0 m Breite beidseits der gepl. Leitungsachse erforderlich, nebst den Nutzungseinschränkungen ge-	Wird zur Kenntnis genommen. Der genannte Schutzstreifen von 3 m schließt südlich mit dem Feldwegrand ab, sodass ein weiterer Schutzstreifen nicht erforderlich ist.	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 13 von 17
	mäß DVGW-Regelwerk. Zugehörig ist eine Gasdruckregelanlage im Bereich Birkenharder Straße geplant. Zur genauen Trassierung und Ausführung laufen derzeit Abstimmungen mit den zuständigen Stellen.		
A.15.12	Wir bitten Sie, uns im Zuge des weiteren Planungsverfahrens, z.B. Straßen- und Tiefbaumaßnahmen, Neubauten u. ä., frühzeitig über Planungen und Maßnahmen zu informieren, sodass wir unsere ggf. notwendig werdenden Maßnahmen wie z.B. Umlegungen, Neuanschlüsse, Erweiterungen u. ä. planen und rechtzeitig umsetzen können.	Dies wird berücksichtigt. Die entsprechenden Abstimmungen werden mit den Versorgungsträgern vorgenommen.	
A.15.13	Vor Beginn der Bauarbeiten ist vom ausführenden Bauunternehmen über die im Geltungsbereich befindlichen Anlagen, Leitungen und Kabel eine Kabelauskunft der e.wa riss unter Tel: 07351 52906-207, Fax: 07351 52906-503 oder Email: Leitungsauskunft@ewa-netze.de einzuholen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.15.14	Einwände gegen den vorliegenden Bebauungsplan sowie beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen bestehen von Seiten der e.wa riss nicht, mit Ausnahme des oben genannten Neubaus einer Gashochdruckversorgungsleitung. Ansonsten sind keine sonstigen Maßnahmen geplant, die für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung des oben genannten Gebietes von Bedeutung sein könnten.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.16	HOCHSCHULE FÜR POLIZEI BW (Schreiben vom 07.01.2015)		
A.16.1	Das Institut für Ausbildung und Training (IAuT) begrüßt die verbesserte Verkehrsanbindung durch den Bau eines Kreisverkehrs im Bereich unserer Hauptzufahrt. Für uns ist es jedoch von elementarer Bedeutung, dass die Zufahrt zu unserer Liegenschaft, auch während den Baumaßnahmen, jederzeit gewährleistet ist. Wir bitten Sie um eine schriftliche Zusicherung.	Wird zur Kenntnis genommen. Eine provisorische Zufahrt für die Bauzeit ist von der Hochvogelstraße aus vorgesehen. Eine Abstimmung hierzu wird rechtzeitig erfolgen.	
A.16.2	Sollten durch die Beeinträchtigung der bestehenden Richtfunkverbindungen bauliche Maßnahmen (Erhöhung / Versetzung des Richtfunkmastens) auf unserem Areal notwendig werden, bitten wir um frühzeitige Information und Beteiligung.	Wird zur Kenntnis genommen. Es sind keine baulichen Maßnahmen auf dem Areal der Polizeihochschule notwendig.	
A.17	ABWASSERZWECKVERBAND RIß (Schreiben vom 09.01.2015)		
A.17.1	Der Abwasserzweckverband Riß hat im Jahr 2011 eine Schmutzfrachtsimulation für das gesamte Verbandsgebiet erstellt. Dort wurde das Gebiet „Hauderboschen“ als	Wird zur Kenntnis genommen.	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 14 von 17
	<p>Trennsystem bereits mit einer Fläche von 19,3 ha und einem Spitzenabfluss zur Kläranlage von $Q_m = 3,98$ l/s berücksichtigt. Somit steht für das Plangebiet mit einer Fläche von 12,5 ha prozentual ein Spitzenabfluss von 2,58 l/s zur Verfügung.</p>		
A.17.2	<p>Mit E-Mail vom 31.10.2014 wurde uns vom Ingenieurbüro Süss die vorläufige Berechnung für die anfallende Abwassermenge mitgeteilt. Der Wert pro Tag liegt bei ca. 180 m³/d. Umgerechnet entspricht dies einer mittleren Abwassermenge von 2,08 l/s, wobei der Spitzenabfluss dann etwas höher liegen dürfte. Im Normalfall ist bei einer Klinik von einem relativ gleichmäßigen Abwasseranfall auszugehen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	
A.17.3	<p>Für die bestehenden Kreiskliniken Biberach ist in der Schmutzfrachtsimulation eine Jahresabwassermenge von 41.911 m³/a berücksichtigt worden. Im Mittel beträgt die aktuell anfallende Tagesabwassermenge somit also rund 115 m³/d. Die für den Neubau angegebene Abwassermenge von 180 m³/d erscheint uns daher realistisch und kann bei Einhaltung der genehmigten Ablaufwerte von maximal 2,58 l/s akzeptiert werden.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	
A.17.4	<p>Da das Schmutzwasser aus dem Plangebiet direkt zur Kläranlage abgeleitet wird und keine Entlastung mehr vorhanden ist, sind mögliche Fehlschlüsse oder No-Überläufe nicht erlaubt.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Dies ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens, wird jedoch im Rahmen der Ver- und Entsorgungsplanung berücksichtigt.</p>	
A.17.5	<p>Um die Einhaltung der genehmigten Werte kontrollieren zu können, empfiehlt der Abwasserzweckverband vor Zulauf ins öffentliche Kanalnetz eine Abwassermengenummessung mit Fernübertragung zur Kläranlage zu installieren. Somit können die tatsächlichen Abwassermengen sowie der Spitzenabfluss ermittelt und dauerhaft überprüft werden. Zudem besteht die Möglichkeit, Fehlschlüsse und Unregelmäßigkeiten frühzeitig zu erkennen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	
A.17.5.1	<p>In der Plangrundlage sind neben der Gemarkungsgrenze auch die Grundstücksgrenzen der Gemarkung Warthausen zu ergänzen.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt. In der Planzeichnung wird die Gemarkungsgrenze gekennzeichnet.</p>	
A.18	<p>GEMEINDE WARTHAUSEN (Schreiben vom 29.12.2014)</p>		
A.18.1	<p>Nach Durchsicht der Bebauungsplanunterlagen haben wir noch ein paar Fragen, bevor wir den Bebauungsplan im Gemeinderat Warthausen am 19.01.2015 besprechen können. Vielleicht können Sie uns die Fragen beantworten.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 15 von 17
	<p>Sehen wir das richtig, dass durch die Gebäudehöhen Gesamt mit GH 624 mNN und das abfallende Gelände ein Gebäude somit eine Gesamthöhe von ca. 30 erreichen kann? Und im Bereiche GH 616 mNN kann ein Gebäude eine Gesamthöhe von 26 m Höhe erreichen?</p>	<p>Ja, bei voller Ausnutzung der maximal möglichen Gebäudehöhen können die Gebäude eine Gesamthöhe von ca. 30 m bzw. 26 m erreichen.</p>	
A.18.2	<p>Im Textteil 1.1.3 steht folgendes: Ausnahmsweise können zugelassen werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sonstige nicht störende Gewerbebetriebe und Dienstleistungseinrichtungen 2. Anlagen für sportliche Zwecke <p>Bedeutet dies, dass somit auf nicht klinikaffine Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen gebaut werden können?</p>	<p>In erster Linie sind im Sondergebiet eine Klinik sowie klinikaffine Nutzungen zulässig. Ausnahmsweise können jedoch auch nicht störende Gewerbebetriebe und Dienstleistungseinrichtungen zugelassen werden. Das heißt, auch Nutzungen, die nicht klinikaffin sind, können zugelassen werden, solange hieraus keine negativen Beeinträchtigungen auf die Kliniknutzung resultieren und die Kliniknutzung überwiegt.</p> <p>Auf diese Weise sollen auch Nutzungen möglich sein, die die Klinik sinnvoll ergänzen, aber nicht per se klinikaffin sind. Hierzu zählen zum Beispiel Einrichtungen zu sportlichen Zwecken oder eine Kindertagesstätte. Von solchen Nutzungen kann eine Klinik profitieren, weshalb der Nutzungskatalog um die oben genannten Ausnahmen in Ziffer 1.1.3 erweitert wurde.</p>	
A.18.3	<p>Wird die Veränderung im Flächennutzungsplan vom bisherigen Klinikgelände und dem bisherigen DRK-Gelände in eine andere Nutzung in der 4. Änderung zum FNPL dargestellt?</p>	<p>Das Flächennutzungsplanverfahren wurde von der Stadt durchgeführt und zwischenzeitlich abgeschlossen.</p>	
A.18.4	<p>Bei der Darstellung der immissionsrelevanten Schallquellen beim Aussiedlerhof konnten wir keine Ergebnisdarstellung finden. Uns ist nicht ganz klar, wie sich die Emissionen des Aussiedlerhofs auf die Klinik auswirken.</p>	<p>Die schalltechnischen Emissionen des Aussiedlerhofs sind gewerblicher Art und demnach nach TA Lärm zu beurteilen. Da auf das Plangebiet mehrere unterschiedliche Gewerbelärmarten (Polizeihochschule, Aussiedlerhof, Gewerbegebiet „Weißes Bild“) einwirken, sind diese in Summe zu betrachten. Im Ergebnis führen alle Gewerbelärmemissionen jedoch weder tags noch nachts zu einer Überschreitung der geltenden Beurteilungspegel für die Kliniknutzung. Eine detaillierte Beschreibung der Lärmarten und der Ergebnisse können Sie der den Beteiligungsunterlagen beiliegenden Schalltechnischen Untersuchung entnehmen.</p>	
A.18.5	<p>Zum Thema Immissionen wollten wir noch darauf hinweisen, dass im Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft im nördlichen Bereich nach dem Bebauungsplan ein Gewerbegebiet eingezeichnet ist. Da die Gemeinde Warthausen sonst keine weiteren Gewerbeflächen mehr ausgewiesen hat, wollten wir vorsorglich darauf hinwirken, dass das geplante Gewerbegebiet Birkstock in den Immissionswerten berücksichtigt werden sollte.</p>	<p>Grundsätzlich können zur schalltechnischen Beurteilung nur Gewerbegebiete herangezogen werden, für die ein rechtskräftiger Bebauungsplan besteht. Da dies bei der Gewerbebaufläche „Birkstock“ nicht der Fall ist, ist diese in der Schalltechnischen Untersuchung nicht zu berücksichtigen. Etwaige zukünftige Konflikte zwischen dem GE „Birkstock“ und der Klinik sind dann im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens für das GE „Birkstock“ zu bewältigen. Es ist jedoch zu erwarten, dass das zukünftige GE Birkstock zu keinen schalltechnischen Beeinträchtigungen für die Klinik führen wird. Durch den Abstand zwischen GE und Klinik sowie der Ortsumfahrung, deren Verkehrslärm den Gewerbelärm mas-</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 16 von 17
		<p>kiert, scheinen keine erheblichen Konflikte hervorgerufen zu werden. Selbst die Raumschießanlage und gewerblichen Geräusche der Polizeihochschule, die der Klinik direkt gegenüber liegt, führen zu keinen schalltechnischen Konflikten. Daher kann angenommen werden, dass der weiter entfernte und vom Verkehrslärm der Ortsumfahrung maskierte Gewerbelärm ebenfalls keine Auswirkungen auf die Klinik haben wird und es damit höchstwahrscheinlich zu keinen Einschränkungen im GE Birkenstock kommen wird.</p>	
A.18.6	<p>Des Weiteren wird im Umweltbericht auf Seite 23 und 24 auf CEF-Maßnahmen für Feldlerchen Bezug genommen. Hier bitten wir darum nachzuprüfen, ob es durch die vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zu Kollisionen mit dem künftigen Gewerbegebiet kommen könnte. Sind die CEF-Maßnahmen weit genug vom geplanten Gewerbegebiet entfernt?</p>	<p>Der Abstand zwischen dem geplanten Gewerbegebiet und der CEF-Maßnahme 2 beträgt mehr als 150m. 120-150m gelten als der empfohlene Mindestabstand bei der Anlage von Lerchenfenstern und Blühstreifen zu geschlossenen Ortschaften und Vertikalstrukturen. Deshalb ist davon auszugehen, dass es zu keinem Konflikt zwischen den geplanten CEF-Maßnahmen und dem geplanten Gewerbegebiet "Birkstock" kommt.</p>	
A.19	<p>GEMEINDE WARTHAUSEN (GR Sitzung vom 19.01.2015)</p>		
A.19.1	<p>Der Gemeinderat Schuy fügt hinzu, dass es eben nicht sein kann, dass die Gemeinde Warthausen nachher aus schalltechnischen Gründen das geplante Gewerbegebiet „Birkstock“ nicht machen darf und dass gegen den geplanten Bebauungsplan „Sana Klinik“ der Stadt Biberach keine Einwendungen erhoben werden.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wie unter Ziffer A.18.5 bereits dargelegt, ist nicht zu erwarten, dass die Klinik das potentielle Gewerbegebiet „Birkstock“ eingeschränkt.</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 17 von 17
-----	--------------------	--------------------	-----------------

B KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

B.1	LANDRATSAMT BIBERACH – NATURSCHUTZBEAUFTRAGTER (Schreiben vom 04.12.2014)		
B.2	INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER ULM (Schreiben vom 07.01.2015)		
B.3	REGIONALVERBAND DONAU-ILLER (Schreiben vom 12.12.2014)		
B.4	HANDWERKSKAMMER ULM (Schreiben vom 07.01.2015)		
B.5	STADT BIBERACH – BAUBETRIEBSAMT (Schreiben vom 09.12.2014)		
	Bezüglich unserer Aufgabengebiete Grünflächen, Straßenreinigung, Kanalreinigung und Winterdienst liegen von unserer Seite aus keine Änderungswünsche für den Bebauungsplan "Sana Kreisklinik" vor.	Wird zur Kenntnis genommen.	

C PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

Im Rahmen der 1. Offenlage sind keine Stellungnahmen seitens der Bürger und Bürgerinnen eingegangen.